Bezugsgebühr vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.
Annahme von Ankündigungen: Marienstr. 38 v. Vorm. 8-5 Uhr Nachm. Sonntags v. Vorm. 11-½1 Uhr Mitt. In Neustadt: Gr. Klostergasse 5 nur an Wochentagen bis 5 Uhr Nachmittags. Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg.; Doppelzeile „unterm Strich" (Eingesandt) 40 Pfg. Grundzeile für Montage oder nach Festtagen 20 Pfg. Für Familiennachrichten 20, bez. 30 Pfg. nach besonderem Tarif. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaux an.
Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

42. Jahrgang. Dresden, 1897.

Hochelegante gute Stoffe zu
Frack- und Gehrock-Anzügen.
Einzel-Verkauf:
Schreibergasse 2
J. Unbescheid & Söhne.

(D. R.-P.)
Thüre zu!
Vollkommenster, selbstthätiger geräuschloser
Thürschliesser.
80,000 St. im Gebrauch.
Prospecte gratis u. franco.
Curt Heinsius,
Königl. Sächs. Hoflieferant,
Dresden-N.,
Kurfürstenstr., Ecke Tieckstr.
(Fernsprechamt II, Nr. 2100.)

Ratanhia, Zahn-Mundwasser,
das beste Antisepticum zur Erhaltung der Zähne.
1 Flasche 1 Mark. — Versandt nach auswärts.
Königl. Hofapotheke, Dresden,
Georgenthor.

Julius Beutler, Dresden, Wallstrasse 15
empfiehlt in **grösster** Auswahl:
Eiserne Oefen u. **Herde, Haus-, Küchen-** und **Landwirthschafts-Geräthe.**

Tuchwaaren.
Den **Eingang sämmtlicher deutschen** und **englischen Frühjahrs-Neuheiten** zeigen ergebenst an
Pörschel & Schneider, Scheffelstr. 19.

Frühjahrs-Lodenjoppen von **6** Mk., **Havelocks** von **10** Mk., **Kaisermäntel** von **18** Mk. an
empfiehlt in grösster neu eingetroffener Auswahl **Jos. Fiechtl** aus **Tirol, Schlossstrasse 23,** neben dem Königl. Schloss.

Nr. 57. **Spiegel:** Aufgaben der Diplomatie. Hofnachrichten. Stadtverordnetensitzung. Ortskrankenkasse und Sozialdemokratie. Deutscher Schulverein, Gerichtsverhandlungen. Männergesangverein, Rosegger-Vorlesung. | Muthmaßliche Witterung: Unsicher, bewölkt. | **Freitag, 26. Febr.**

Politisches.

Die Alarmnachrichten aus Kreta und Griechenland haben nachgelassen und mit dem beruhigenden Gefühl der wiederkehrenden Friedenszuversicht beginnt die öffentliche Meinung Europas Neigung zu jener Erschlaffung zu zeigen, wie sie als Nachwirkung eines starken psychischen Erregungszustands sich geltend zu machen pflegt. Dieser Mattigkeit darf aber im gegenwärtigen Augenblick weniger als jemals nachgegeben werden. Der fatalistische Ansteckungsprozeß, mit dem uns der morgenländische Grundsatz des Sichgehenlassens bedroht, muß im Keime erstickt und der Erkenntniß Bahn gebrochen werden, daß vorbeugendes energisches Handeln allein die Zukunft der europäischen Kulturinteressen zu retten und die vom Orient her witternden vielgestaltigen Gefahren zu bannen vermag. Erklärlich mag es ja am Ende sein, daß die europäische civilisirte Welt sich der orientalischen Sorgen am liebsten ganz entschlagen möchte, sobald einmal wieder eine Ruhepause in dem ewigen Morden und Brennen zwischen den türkischen und christlichen Unterthanen des Sultans eintritt. Wer immer und immer wieder mit demselben Anliegen behelligt, wem jede Lebensfreude durch ein unaufhörliches Querulliren eines erbarmungslosen Gläubigers vergällt wird, der schnitzt sich schließlich aus der vollkommenen Gleichgiltigkeit gegen alle weiteren Gemüthserschütterungen, die ihm von jener Seite in Aussicht stehen, die Waffe, mit der er sich den Sieg über die feindlichen Gewalten der zehrenden Sorge erkämpft, eingedenk des Schopenhauer'schen Wortes, daß ohne Ruhe kein wirkliches Glück denkbar ist. Was aber erklärlich erscheint, ist deswegen noch nicht in jedem Falle gerechtfertigt, und so geht es auch mit der bisherigen Passivität der öffentlichen Meinung und der Diplomatie der europäischen Großmächte gegenüber der Entwickelung der Dinge im Orient, wenn diese zufällig einmal für kurze Zeit dem wildesten Wirrwarr entrückt sind.

Europa wird sich wohl oder übel dazu entschließen müssen, den Orient künftig mit äußerster Wachsamkeit im Auge zu behalten und gleich die Ansätze zu bedrohlichen Entwickelungen zu beseitigen, ehe sie sich zu gemeingefährlichen Weiterungen auswachsen können. Das ist die ernste Lehre, die sich aus den jetzigen kretisch-griechischen Wirrnissen für die verantwortlichen europäischen Staatsmänner ergiebt, und die zu beherzigen ganz besonders die englische Staatskunst — sie ist leider so sehr „Kunst", daß dabei auch der letzte unentbehrliche Rest von Natürlichkeit zum Cecil Rhodes zu gehen droht — sich angelegen sein lassen sollte. Erst jeden neu sich erhebenden Aufruhr im Orient als auswärtigen Verlegenheitsbrecher wohlwollend gewähren lassen, ja ihn womöglich direkt ermuthigen und unterstützen, und dann im letzten Augenblick auch nur zögernd zur That schreiten, um den Brand löschen zu helfen, das ist ein Verfahren, dessen hochgradige Gefährlichkeit für den europäischen Frieden die englische Politik der neuesten Zeit mit allgemeinem Mißtrauen bei den kontinentalen Mächten umkleidet hat. Eine Rehabilitirung Englands in dieser Beziehung erscheint nur unter der Voraussetzung möglich, daß es künftig in seiner orientalischen Politik den Friedensmächten keine Barrikaden mehr baut, sondern ihnen behilflich ist bei der Ergreifung von Maßregeln, die erneuten Ausbrüchen der nationalen Leidenschaften im Orient vorzubeugen geeignet sind.

Gerade jetzt würde England eine gute Gelegenheit haben, sich in der angedeuteten Richtung nützlich zu bethätigen. Es glimmt nämlich schon wieder in Makedonien und auch in Serbien und Bulgarien facht der Frühlingswind begehrliche nationale Gelüste an. Die Diplomaten dürften daher vorerst schwerlich in die Lage kommen, sich in beschaulichen Mußestunden auf das Studium des west-östlichen Divans zu werfen, um sich daraus neue Gesichtspunkte zu einer Versöhnung der westlichen mit der östlichen Welt zu holen. Im Osten wollen die turbulenten Gemüther von einer Versöhnung zur Zeit nichts wissen. Wenn die kretisch-griechische Frage glücklich unter Dach und Fach gebracht ist, in einer Form, die gleichzeitig die Autorität der Mächte hochhält, dem griechischen Bramarbasthum einen kräftigen Dämpfer aufsetzt und dabei auch noch der „Souveränetät" des Sultans gerecht wird, dann wird die nächste Aktion sich gegen die makedonischen Umtriebe wenden müssen, die wiederum von Griechenland unterstützt werden. Man darf wohl annehmen, daß die umfangreichen Mobilisirungsvorbereitungen der Türkei gegen Makedonien bereits eine Folge ernsthafter diplomatischer Einwirkungen seitens der Mächte sind. In der That wird bei ferneren Störungen der Ordnung der Pforte freie Hand zur Wiederherstellung der Ruhe gelassen werden müssen, sofern sie sich militärisch dazu fähig erweist und es außerdem an gutem Willen zur Durchführung der beschlossenen Reformen nicht fehlen läßt. Daß die Verschleppung der von den Mächten geforderten Verbesserungen in der Handhabung der türkischen Regierungsgewalt gegenüber den christlichen Unterthanen nicht in der bisherigen Weise fortgehen darf, ist unbezweifelbar, und die Mächte werden hoffentlich in Zukunft die erforderliche Energie zeigen, um ihren Willen nicht blos gegenüber den Griechen und sonstigen Unruhstiftern, sondern auch gegenüber dem Sultan zur Geltung zu bringen.

Die Schwierigkeiten, die von bulgarischer Seite für das diplomatische Friedenswerk neuerdings befürchtet werden, dürften vorläufig wenigstens nicht allzu tragisch zu nehmen sein. Fürst Ferdinand hat allerdings mit einer nicht unbedeutenden makedonischen Bewegung in seinem Lande zu rechnen, aber er scheint doch soweit Herr der Lage zu sein, daß er, wenn nicht aus eigener Initiative, so doch auf russischen Befehl die makedonischen Zettelungen rechtzeitig unterdrücken kann. Schlimmer stehen die Sachen schon in Serbien, wo der königliche Landstreicher Milan sein böses Wesen treibt. Wie eine Hyäne des Schlachtfelds schleicht er goldhungrig an den Stätten umher, über denen er im Geiste schon die blutigen Ereignisse reifen sieht, die er als Mittel zu dem Zweck benützen möchte, um sich wieder Gold in Hülle und Fülle zu verschaffen, zur Befriedigung seiner skandalösen Genußsucht, die ihn schrankenlos beherrscht und durch die er sich im In- und Auslande gleichmäßig jede Spur von Achtung verscherzt hat. In Serbien selbst ist er geradezu verhaßt, und köstlich ist die Art, wie man sich seiner nach seiner jüngsten unwillkommenen Rückkehr nach Belgrad wieder zu entledigen gewußt hat. Herr Milan hatte nämlich vor einigen Wochen, als die orientalische Lage anfing, ihm „Hoffnung" zu machen, plötzliche Zärtlichkeitsregungen als glücklicher Vater verspürt und führte seine infolge gänzlicher Werthlosigkeit nicht zollpflichtige Persönlichkeit über die serbische Grenze nach Belgrad ein, um seinem Herzenssöhnchen Alexander, der „krank" geworden sein sollte, eine „Stütze" zu sein. Der Ministerpräsident Herr Simitsch ließ alsbald einen medizinischen Professor eigens von Wien herbeiholen, um den kranken Alexander zu untersuchen, und siehe da! Die Wiener Autorität erklärte mit feierlichem Ernst, daß Herr Alexander ein ganz gesunder Junge sei, eine Feststellung, die Herr Simitsch mit einem so vielsagenden Lächeln und einer so ein- oder vielmehr ausladenden Handbewegung begleitete, daß Milan schleunigst wieder abdampfte, ohne einen neuen Pump riskirt zu haben. Er ging direkt nach Wien, um sich dort Unterstützung für seine erneuten Absichten auf die serbische Regentschaft zu holen, aber vergeblich. Ein Mann, der durch die ihm anhaftenden persönlichen Makel ein für alle Mal aus der Gemeinschaft der regierenden Häupter Europas ausgeschlossen ist, und der zudem in politischer Beziehung sich als ein ganz unzuverlässiger Wickelwackel erwiesen hat, darf im Rathe der europäischen Großmächte als Vertreter des einst von ihm regierten Landes nicht mehr erscheinen. Da aber auch sein Sohn und Nachfolger nicht im Stande ist, der serbischen Politik eine feste, zielbewußte Richtung zu geben, so ist auf Serbien in den gegenwärtigen Orientwirren überhaupt kein rechter Verlaß und man wird gut thun, die Möglichkeit unliebsamer Ueberraschungen von dorther rechtzeitig in Betracht zu ziehen.

Angesichts dieser fortdauernden Unsicherheit in der orientalischen Gesammtlage kann es zur Zeit keinen dringenderen Wunsch geben als den, daß die „geradezu unwiderstehliche Kraft der europäischen Diplomatie", die dem „Temps" aus den jüngsten Reden des Freiherrn v. Marschall, Hanotaux' und Lord Balfour's zum Bewußtsein gekommen ist, sich in Zukunft in erster Linie durch rechtzeitige Vorbeugungsmaßregeln bewähren möge. Die europäische Diplomatie hat so gewaltige Aufgaben vor sich, daß sie sich stark machen muß wie der Riese Antäus, indem sie aus der Berührung mit dem europäischen Solidaritätsgedanken immer neue Kraft saugt, bis schließlich über alle trennende Schranken hinweg die europäische Interessengemeinschaft sich verwirklicht, politisch in der friedlichen Auftheilung der türkischen Erbschaft und wirthschaftlich in dem Ziele, das bei den jüngsten handelspolitischen Debatten im Reichstage die nationalliberalen Abgeordneten v. Hammacher und Hasse empfohlen haben durch den Hinweis auf die anzustrebende Errichtung eines europäischen Zollvereins.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 25. Februar.

* **London.** Oberhaus. Lord Salisbury erklärte, die Regierung habe den Mächten mitgetheilt, daß sie deren Uebereinstimmung zu folgender Politik voraussetze, welche die Regierung zu verfolgen erklären wolle: 1) Die Autonomie Kretas als nothwendige Vorbedingung des Aufhörens der internationalen Okkupation; 2) Unter dieser Bedingung solle Kreta ein Theil der Türkei bleiben; 3) Den Türken und Griechen diesen Beschluß der Mächte mitzutheilen; 4) Bei einem etwaigen Widerstand der Türkei und Griechenlands Landtruppen und Seemacht von Kreta zurückzuziehen und, falls dies gefordert werde, durch Begegnen der Mächte gewaltsam. Redner fuhr fort, die Zurückziehung der griechischen Truppen werde wohl früher verlangt werden, als die der türkischen.

* **Petersburg.** In Erkenntniß der Richtigkeit der Stellungnahme Deutschlands sowohl in der kretischen Frage wie auch Griechenland gegenüber, hat Rußland für nothwendig erachtet, Griechenland aufzufordern, seine Flotte und gesammte Truppenmacht innerhalb dreier Tage zurückzuberufen, widrigenfalls Rußland mit schärfsten Repressalien vorgeht, als deren erste man die bereits von ihm acceptirte Blockade der griechischen Häfen ansieht. Einig mit Frankreich und absolut einverstanden mit Deutschland und Oesterreich wird Rußland den Frieden keinesfalls gefährden lassen und die Mächte dahin verständigen, nach Räumung Kretas durch die Griechen sei zunächst wieder die Ruhe und Ordnung auf Kreta herzustellen und sodann unter dem Schutz der Großmächte und unter der Suzeränität des Sultans die Autonomie einzuführen.

Berlin. Reichstag. Bei Anwesenheit von etwa 30 bis 40 Abgeordneten beginnt die 1. Berathung des Antrags Colbus betreffs Neuregelung der Wahlen zum Landesausschuß von Elsaß-Lothringen. Der Antrag verlangt allgemeine, direkte und geheime Wahl und je einen Abgeordneten auf 30,000 Einwohner. — Abg. Winterer (Els.) begründet den Antrag. Die jetzt bestehende indirekte und korporative Wahl bringe die wirklichen Ansichten der Bevölkerung nicht zum Ausdruck. — Abg. Preiß-Colmar äußert sich im gleichen Sinne. Die gegenwärtige Landesvertretung in Elsaß-Lothringen sei lediglich ein Scheinparlament ohne Macht und Machtgefühl. Bei den Wahlen spielten nur Rücksichten auf persönliche Freundschaft und Bekanntschaft und sehr oft auch kleinlicher Ehrgeiz mit und die Majorität im Landesausschusse bestehe aus abhängigen Beamten, sodaß der Ausschuß nur das ironische Bild einer Volksvertretung darstelle, welcher jede stolze, nöthigenfalls auch einmal trotzige Sprache abgehe. Redner kommt dann auf die bekannten Vorgänge an der Universität Straßburg zurück. Das Verhalten der dortigen Studenten sei rühmlich, das der Universitätsbehörde dagegen unrühmlich gewesen. — Geh. Oberregierungsrath Hallen widerspricht den Angaben des Vorredners. Der Landesausschuß sei durchaus kein bloßes Rentier- und Beamtenparlament, er sei auch keineswegs im Lande unpopulär; dem widerspreche z. B., daß die maßgebenden Mitglieder immer wieder gewählt würden. (Lachen bei den Elsässern.) Von seinen Ausführungen über die Vorgänge an der Universität Straßburg habe er nichts zurückzunehmen. Die betreffenden Studenten hätten in übertriebenem Selbstgefühl zu schieben geglaubt, während sie geschoben wurden. Preiß habe auf eine Rede des Statthalters Bezug genommen; welcher Art die in dieser Rede erwähnten Maßnahmen betreffs der Presse sein würden, würde jedenfalls davon abhängen, wie die Presse sich nach den Mahnungen des Statthalters richten werde. — Abg. Bueb (Soz.) verbreitet sich ausführlich über den Diktaturzustand in den Reichslanden. Nicht einmal ihren Bürgermeister dürften sich die Gemeinden frei wählen, man zwinge ihnen einen gewesenen Unteroffizier auf. Zu dem Landesausschuß, der nur nach der Pfeife der Regierung tanze, habe die Bevölkerung nicht das mindeste Vertrauen. — Geh. Ober-Reg.-Rath Hallen: Daß die Gemeinden dergestalt, wie der Vorredner behauptet, von der Landesverwaltung bevormundet würden, ist durchaus unrichtig. Die elsässischen Gemeinden sind nie selbstständiger, nie freier gewesen, als seit der neuesten elsässischen Gemeindeordnung. Auch die Presse ist in zunehmendem Maß in ihrer Sprache freier und ungebundener geworden. — Abg. Lieber (Centr.) bedauert, daß den Beschlüssen des Reichtags betreffs der Aufhebung des Diktatur-Paragraphen, sowie betreffs Ausdehnung des Reichspreßgesetzes auf Elsaß-Lothringen noch immer keine Folge gegeben sei. Auf solche Weise werde man zur Versöhnung der Bevölkerung in den Reichslanden nicht beitragen. Das Centrum schließt sich dem vorliegenden Antrag an, denn der Landesausschuß in Elsaß-Lothringen habe auch nicht die geringste Aehnlichkeit in Bezug auf die Art der Zusammensetzung mit Dem, was man sonst unter einem Parlament verstehe. Die stetige Wiederwahl der Mitglieder des Landesausschusses beweise nicht, daß die Bevölkerung damit zufrieden sei; wenn die Wahlkörper dieselben bleiben, werden natürlich auch dieselben Leute wieder gewählt, in dem Wahlkörper da liege ja eben der Hund begraben. Was Geh. Rath Hallen über die Presse gesagt habe, bedeute weiter nichts als „entweder Zuckerbrot oder Peitsche". Wenn derselbe Herr beklagt, daß die Elsaß-Lothringer ihre Töchter zur Erziehung in's Ausland schickten, ja weshalb läßt man denn dann nicht die Unterrichts-Orden, so z. B. die Schwestern vom Herzen Jesu wieder nach Elsaß-Lothringen hinein. (Beifall im Centrum.) Leiste man den elsaß-lothringischen Forderungen einen so zähen Widerstand, wie der Statthalter und sein spiritus familiaris, dann schaffe man Kirchhofsruhe. Nur wenn diesen berechtigten Forderungen entsprochen werde, gewinne man die Bevölkerung. — Abg. Lenzmann (freis. Vp.) erklärt, daß seine Partei dem Antrag zustimme. Die Politik der Polizeiwillkür und Gewalt habe uns Elsaß-Lothringen nicht näher gebracht, sondern eher entfernt. Gerade die Einführung direkter allgemeiner Wahlen werde die Elsaß-Lothringer zu besseren Deutschen machen. — Abg. v. Marquardsen (nl.) wendet gegen den Antrag ein, derselbe verlange für Elsaß-Lothringen viel mehr als jeder andere Staat in Deutschland besitze, denn noch in keinem derselben bestehe ein allgemeines direktes Wahlrecht, dies sei nur der Fall bei den Wahlen zum Reichstag selbst und da hätten natürlich die Elsässer schon jetzt genau dasselbe Wahlrecht wie alle übrigen Einzelstaaten. In Bezug auf die Einführung des Reichspreßgesetzes in Elsaß-Lothringen sei seine Partei bereit, mitzuwirken, obwohl allerdings ohne Kautelen betreffs der ausländischen Presse. — Abg. Rickert (freis. Ver.) erklärt die Zustimmung seiner Freunde zu dem Antrag Colbus. Eine Annäherung Elsaß-Lothringens habe sich seit der Annexion zweifellos vollzogen, sie gehe aber nicht rasch genug. Eine rasche Angliederung werde man am besten dadurch erreichen, daß man die Elsaß-Lothringer zu vollberechtigten Bürgern im Reiche mache. — Abg. Graf Stolberg (kons.): Der Landesausschuß fungirt so gut und sachgemäß wie jedes andere deutsche Parlament. Wir wollen keine Experimente und lehnen deshalb den Antrag ab. — Abg. Werner (Ref.) erklärt, seine Fraktion stimme für den Antrag. — Nach einem Schlußwort des Antragstellers Colbus wird sofort in die 2. Lesung eingetreten, in welcher der Antrag Colbus angenommen wird. — Morgen Etat der Reichseisenbahnen und des Reichsversicherungsamts, Lohnbeschlagnahme und Konvertirungsvorlage in 3. Lesung, Zwangsversteigerung und Grundbuchordnung in 2. Lesung.

Berlin. Der Kaiser trifft am 4. März zur Rekrutenvereidigung in Wilhelmshaven ein. — Der König von Württemberg verlieh anläßlich seines heutigen Geburtstags dem kommandirenden General des 13. Armeekorps General v. Lusst das Großkreuz des Ordens der württembergischen Krone und ernannte den Prinzen Ernst von Sachsen-Weimar zum Adjutanten beim Generalkommando des 13. Armeekorps. — Der Bundesrath ertheilte heute dem Nachtragsantrag Preußens betreffend die Ausführung des Börsengesetzes seine Zustimmung. — Wie entgegen anderweitigen Meldungen offiziös mitgetheilt wird, besteht die Absicht fort, dem preußischen Landtag die angekündigte Novelle zum Vereinsgesetz vorzulegen. — Der hiesige griechische Gesandte Rangabe hat folgendes Schreiben an hiesige Blätter gerichtet: „Die gestrigen Blätter brachten die Nachricht, daß der griechische Minister des Auswärtigen einigen fremden Vertretern gegenüber die Möglichkeit der Nichtzahlung des am 1. März fälligen Coupons der griechischen Anleihe angedeutet hätte. Ich würde Ihnen sehr dankbar sein, wenn Sie diese Meldung als vollständig aus der Luft gegriffen bezeichnen wollten." — Die Budgetkommission des Reichstags berieth heute über die Postdampfernovelle und beschloß, die Regierung um Vorlegung weiteren umfänglichen Materials zu ersuchen und bis zum Eingang desselben die Berathung auszusetzen. Ferner nahm die Kommission mit 12 gegen 8 Stimmen eine Resolution an, dahingehend, die Regierung zu ersuchen, dem Reichstag einen Nachtragsetat in Höhe von 300,000 Mk. als erste Rate für den Bau eines Präsidialgebäudes für den Reichstag zugehen zu lassen. — Die Reichstagskommission für das Handelsgesetzbuch diskutirte die Konkurrenzklausel und nahm einen Zusatz an, welcher die Zeitbeschränkung auf drei Jahre normirt. — Die vielen Streiks der letzten Zeit haben in einer hiesigen großen Arbeitgeberorganisation den Plan zur Reife gebracht, einen großen Arbeitgeberverband über ganz Berlin nach dem Muster des Hamburger zu begründen. — Bei dem sächsischen Gesandten Graf Hohenthal fand heute ein Diner statt, an welchem der italienische und der englische Botschafter, die Gesandten von Rumänien und Mexico und andere hohe Herrschaften theilnahmen. — Alle religiösen Anstalten ohne Unterschied des Bekenntnisses, die in Egypten errichtet sind oder in Zukunft errichtet werden und unter deutschem Schutze stehen, sind durch kaiserliche Verordnung der deutschen Konsulargerichtsbarkeit unterworfen worden.

Frankfurt a. M. Das Feuer in dem Geschäftshaus von Wronke ist dadurch entstanden, daß bei dem Aufhängen von zwei Bogenlampen Funken des vorzeitig eingestellten elektrischen Stroms in Gardinenstoffe fielen. Der Installateur wurde in Haft genommen. Verletzungen sind außer den bereits gemeldeten nicht vorgekommen.

Eisenach. Infolge raschen Schneeschmelzens sind die Flüsse Thüringens in gefahrdrohender Weise angeschwollen.

Mannheim. Der Kontroleur der Schwetzinger Sparkasse, Rechtsagent Horix, ist nach bedeutenden Unterschlagungen geflohen.

Karlsruhe. Der Goetheforscher Michael Bernays ist Nachmittags gestorben.

Posen. Die Dresdner Bank übernahm gemeinsam mit dem Bankhause Goldschmidt u. Kuttner in Posen 3¾ Millionen Mk. 3½-prozentiger bis 1905 nicht konvertirbarer Posener Stadtanleihe.

Wien. Das „Fremdenblatt" schreibt: Deutschland, Oesterreich-Ungarn, England und Rußland theilten einander bereits ihre Uebereinstimmung bezüglich des Aktionsprogramms mit. Italien erklärte, sich an Allem zu betheiligen, woran alle Mächte theilnehmen. Frankreichs Zustimmung dürfte, sofern sie noch nicht erfolgt ist, heute erfolgen. Als modus procedendi bezeichnet das Blatt, daß zunächst die Botschafter in Konstantinopel der Pforte die Absicht der Mächte, im Namen der Türkei die Pacifizirung Kretas in die Hand zu nehmen, anzeigen, worauf eine gleiche Mittheilung an die griechische Regierung zu erfolgen hätte. Dieselbe hätte, was die Aufforderung zur Räumung der Insel betrifft, die Form oder mindestens die Bedeutung eines Ultimatums und würde von den kräftigsten Zwangsmaßregeln gefolgt sein, von

Pfund's sterilisirte (keimfreie) **Kindermilch.** Probe-Lieferung.
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 79.